

## **Kreistagssitzung 20.3.2025**

### **Haushaltsrede Dr. Alexander Engel (FDP-Kreistagsfraktion)**

Herr Landrat, Meine Damen und Herren, Liebe Kolleginnen und Kollegen,

einige Bemerkungen vorweg: Lieber Uwe,

du sprachst vom Sondervermögen. Es hat mich schon ein wenig überrascht, dass Friedrich Merz kurz nach der Wahl praktisch eine 180-Grad-Wende vollzogen hat. Es überrascht mich ein wenig mehr, dass du hier im Kreistag nun fast schon das nächste Sondervermögen in Höhe von 900 Milliarden Euro ankündigst.

Nun ist es so: Natürlich führt ein solches Sondervermögen, wenn ich es ausbebe, zur Inflation. Natürlich führt ein solches Sondervermögen — und das sehen wir schon an den Kapitalmärkten — zu Refinanzierungskosten für die Bundesrepublik Deutschland. Das wiederum führt dazu, dass Hauskredite deutlich teurer werden. Das bedeutet, dass vor allen Dingen junge Familien, die sich aus dem Mittelstand heraus ein Eigenheim leisten wollen, die ihren eigenen Lebensraum verwirklichen wollen, es deutlich schwerer haben werden, das zu tun.

Das gehört zur Wahrheit dazu. Und zur Wahrheit gehört auch dazu, dass spätere Generationen natürlich diese Last tragen werden — durch den höheren Zinsdienst, den sie leisten müssen, der wiederum dazu führt, dass Steuereinnahmen notwendig sind, um sich das überhaupt leisten und gegenfinanzieren zu können.

Geld, das den Leuten fehlt — dem Mittelstand, den Menschen, die im Gesundheitsbereich arbeiten, in der Pflege, die am gesellschaftlichen Leben teilnehmen — denen fehlt das Geld, um sich selbst nach eigenen Wünschen entwickeln zu können. Und meines Erachtens hat das schon auch eine soziale Komponente. Solide Sozialpolitik, zukunftsorientierte Sozialpolitik, zukunftsorientierte Gesellschaftspolitik sieht meines Erachtens anders aus.

Herr Zorn, fürchten Sie sich nicht? Ich möchte Ihnen jetzt beipflichten. Es ist mir ein Anliegen, das zu sagen, bevor ich zu dem komme, was ich eigentlich sagen wollte — aber es ist mir wirklich ein Anliegen.

Sie sprachen im Gesundheitsbereich, bei Pflege, Krankenhäusern, von Zuwanderung. Ich möchte das noch mal bekräftigen, weil ich selber in diesem Bereich arbeite. Ich habe das auch im Wahlkampf auf einer Podiumsdiskussion gesagt: In Deutschland ist medizinische Versorgung, ist pflegerische Versorgung ohne Zuwanderung nicht möglich.

Jeder, der nachts in ein Krankenhaus geht mit einem veritablen Problem und Hilfe braucht, ist darauf angewiesen, dass Leute, die zu uns zugewandert sind, hier ihre Arbeit leisten — als Ärzte, als Pfleger, als Intensivmediziner. Und das sind ehrenwerte Menschen, die Teil dieser Gesellschaft sind. Das ist mir wichtig zu sagen und damit das, was Sie gesagt haben, noch mal deutlich zu unterstreichen.

Jetzt kommen wir zu dem, was ich eigentlich sagen wollte:

Kurz vor der nächsten Kommunalwahl stehen wir fast an der gleichen Stelle, an der wir zu Beginn dieser Kreistagsperiode standen — haushalterisch betrachtet sicherlich noch deutlich kritischer als vorher. Aber es gehört auch zur Wahrheit dazu, dass gewisse Entwicklungen, denen wir jetzt notgedrungen gegenüberstehen, auch eine erhebliche Dringlichkeit haben, dass das ein Stück weit absehbar war.

Jetzt liegt uns ein Antrag zu einem Haushaltsbegleitbeschluss von CDU, Grünen und SPD vor, dem ich inhaltlich vieles abgewinnen kann. Es wäre auch unehrlich, etwas anderes zu sagen, weil ich in sämtlichen Haushaltsreden, die ich hier in diesem Rahmen gehalten habe, viele von diesen Punkten immer wieder als essentiell wichtig angeführt habe. Das hat sich auch in allen unseren Anträgen — die wir zum Teil auch gemeinsam mit Freien Wählern oder mit der SPD im Jahr 2021 gestellt haben — immer wieder gezeigt. Wir haben diese Punkte gebetsmühlenartig bekräftigt.

Deswegen finde ich es an sich schön, dass vor allem CDU und Grüne das jetzt aufgenommen haben. Es zeigt sich: Wenn man vielleicht etwas früher auf haushalterische Einwände der FDP gehört hätte, würde man manche Situation ein wenig abmildern können. Da haben Sie nämlich in weiten Teilen gegen die Punkte gestimmt, die wir beantragt haben.

Denn — so ist es gewesen — ideologische Ziele waren zum Teil wichtiger, als notwendige Aufgaben hier im Kreis zu priorisieren. Ich nenne die Stichworte: E-Lastenradförderung, Solaranlagen auf Dächern, Balkonsolaranlagen — allesamt Programme, bei denen durch die Durchführung nicht eine Anlage mehr auf einem Dach gebaut worden ist, die nicht auch ohne diese Förderung gebaut worden wäre.

Das ist keine Behauptung. Das ist die Erfahrung, die man hat, wenn man sich mit Leuten unterhält, die tatsächlich eine Solaranlage auf dem Dach haben. Die freuen sich, dass sie noch mal 1000 € zusätzlich bekommen haben, aber sagen einem im nächsten Atemzug, dass sie die Anlage auch gebaut hätten, wenn sie die 1000 € nicht bekommen hätten. Das Gleiche betrifft auch die Balkonsolaranlagen. Wenn sie 200 € Zuschuss bekommen, wird das allein nicht darüber entscheiden, ob man so eine Anlage baut oder nicht, weil die Investitionskosten in einer ganz anderen Dimension liegen.

Im letzten Jahr hatten wir eine Arbeitskreissitzung zur Haushaltsberatung. Vieles von dem, was wir da über die Parteien hinweg besprochen haben, ist vernünftig — weil es endlich der Schritt in die richtige Richtung ist, dass auch die Politik schaut, welche Produktgruppen, welche Produkte selbst wegfallen können, um Einsparungen zu realisieren.

Was mich dann aber überrascht, ist, dass 250.000 € weiterhin für die besagte Förderung für Balkonsolaranlagen im Haushalt für 2025 eingestellt sind. Gleichzeitig soll eine so wichtige Institution wie die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft 250.000 € an den Kreis an Liquidität zahlen. Für uns passt das nicht zusammen. Das ist ein Beispiel für falsche Prioritätensetzung im Haushalt.

Das ist ein Grund, warum wir den Doppelhaushalt 2025/2026 ablehnen.

Der andere Grund ist Planungssicherheit. Wir sehen, dass sich Haushalte in kürzester Zeit dynamisch entwickeln. Voraussichtlich wird das Jahresergebnis 2024 schlechter sein als prognostiziert. Das zeigt, dass wir keine Planungssicherheit haben, über zwei Jahre hinweg einen Haushalt zu beschließen.

Das auch vor dem Hintergrund, dass wir eine sich vollkommen verändernde Lage auf Bundesebene haben werden, die auch Konsequenzen für die Kommunen haben würde. Auch das führt zu weniger Planungssicherheit und auch wir haben eine Kommunalwahl, die die Mehrheitsverhältnisse möglicherweise ändern wird und mit einem neuen Landrat auf neue Akzente setzen möchte, die in jedem Fall aller Voraussicht nach auch einen umfangreichen Nachtragshaushalt nach sich ziehen wird, der in seinem Umfang fast einem neu eingebrachten Haushalt ebenbürtig ist.

Und da stellt sich die Frage, ob das vernünftig ist. Und diese Frage haben wir uns beantwortet mit dem Ergebnis, dass wir das so nicht mittragen werden und deswegen den Doppelhaushalt 2526 ablehnen.

Meine Damen und Herren, zum Schluss noch ein Wort zu Herrn Eckl, bei dem ich mich ausdrücklich für die Zusammenarbeit, vor allem bei samstäglichen Klausurtagungen an verschiedenen Orten — meistens bei ein paar belegten Brötchen — bedanken möchte. Es war immer ein sehr sachlicher, konstruktiver Austausch.

Das hat immer Spaß gemacht, das war immer konstruktiv. Dafür möchte ich mich bei Ihnen bedanken.

Vielen Dank.